ARBEITSKAMPF STATT ARBEITSFRIEDEN!



>EINLEITEND

75 Jahre ist es nun schon her, seit im Sommer 1937 eine knappe Mehrheit der Sulzer-Belegschaft dem Antrag zustimmte, im anstehenden Lohnkonflikt auf einen Streik zu verzichten. Dieser Entscheid hatte dem sogenannten Friedensabkommen zuerst in der Metallindustrie, später branchenübergreifend den Weg geebnet. Die Arbeiterlnnenklasse wurde damit in der damals wichtigsten Branche ihrer schärfsten Waffe im Klassenkampf, nämlich dem Streik beraubt.

Heute im Jahre 2012 befinden wir uns wieder mitten in einem neuen Krisenzyklus. In der Schweiz ist dies ganz speziell in der Exportwirtschaft spürbar. Produktionsverlagerungen und Entlassungen nehmen zu und mitten in dieser objektiv schwierigen Lage stehen die gewerkschaftlichen Verhandlungen rund um den neuen Gesamtarbeitsvertrag (GAV) an. Diese Verhandlungen in der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie (MEM) finden unter verbal radikalen Voraussetzungen statt. Das wichtigste Druckmittel im Klassenkampf gegen die Kapitalisten fehlt hingegen auch heute noch. Dem Verbalradikalismus fehlt eine materielle Grundlage, nicht zuletzt deswegen, weil 75 Jahre Friedenspflicht auch auf das politische Bewusstsein der ArbeiterInnenklasse geschlagen hat.

Sehr allgemein formuliert meinen wir, dass mit dem Arbeitsfrieden und der Sozialpartnerschaft gebrochen werden muss. Wollen wir uns bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne erkämpfen, oder uns aus der aktuell defensiven Lage befreien, benötigt es Druck durch Klassenkampf statt gewerkschaftliche Verhandlungen unter sozialpartnerschaftlichen Vorzeichen. Im Rahmen des 75. "Jubiläumsjahrs" der Sozialpartnerschaft fand

deshalb am 7. Dezember 2012 im Volkshaus eine Veranstaltung vom Revolutionären Aufbau zu dieser Frage statt.

Wir beleuchteten die Thematik aus unterschiedlichen Perspektiven entlang dieser Broschüre: Aus jener einer historischen Sichtweise auf Sozialpartnerschaft und Arbeitsfrieden, in Bezug auf die Verhandlungen rund um den neuen Gesamtarbeitsvertrag in der MEM-Industrie, im Lichte der politischen Kampagne revolutionärer Kräfte gegen den Arbeitsfrieden im Jahr 1987 sowie bezüglich der revolutionären Perspektive und der Frage, welche Funktion der Betriebskampf im revolutionären Prozess erfüllen muss. Mit dieser Broschüre wollen wir die erarbeiteten Inhalte auch in schriftlicher Form veröffentlichen.

Arbeitsgruppe Klassenkampf Zürich des Revolutionären Aufbaus im Dezember 2012



Demo der MEM-ArbeiterInnen, im Herbst 2012.

>ZUR GESCHICHTE VON SOZIALPARTNERSCHAFT UND ARBEITSFRIEDEN

Vor 75 Jahren wurde der sogenannte "Frieden" zwischen Unternehmern und Werktätigen vertraglich besiegelt. Anlässlich der GAV-Verhandlungen in der MEM-Industrie, einer nicht unwesentlichen Branche in der Geschichte der Sozialpartnerschaft, fassen wir die Ereignisse der letzten 75 Jahre zusammen und analysieren die Auswirkungen von jahrelangem Streikverzicht, die Rolle der Gewerkschaften und die aktuelle Situation der ArbeiterInnenklasse.

Die Produkte welche die Betriebe der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie herstellen, sind schwer einheitlich zu kategorisieren, da die Branche für viele verschiedene Lebensbereiche produziert: Sei dies für Rüstung, Kommunikation, Gesundheitswesen, Fabrikation oder Mobilität. So erstaunt es nicht, dass in der schweizerischen Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie mit über 338'000 die meisten Beschäftigten der Schweiz angestellt sind. Ihr Erfolg und ihr Bestehen gründet hauptsächlich im Export; über 80% der in der Schweiz produzierten Güter sind für den Handel ausserhalb der Schweiz bestimmt. Die MEM-Industrie ist deshalb schwerwiegend vom internationalen Markt abhängig und somit einem hohen Druck ausgesetzt. Dieser Druck zur kontinuierlichen und beständigen, aber auch flexiblen Produktion führte in der Geschichte des Arbeitsfriedens und der Sozialpartnerschaft zu einer besonderen Rolle der MEM-Industrie.

Arbeitsfriede im Rückblick

Wie von bürgerlicher Seite propagiert wird, sei der Frieden und die Stabilität in der Arbeitswelt seit immer ein wesentliches Merkmal der Schweiz. Dass in der Schweizer Produktion nicht immer Arbeitsfriede herrschte und dieser nicht ein Urmerkmal der «Nation» Schweiz ist, zeigt ein Blick in die Geschichtsbücher: Vor über 100 Jahren, also

zur Zeit der Jahrhundertwende, kann bezüglich der Streiktätigkeit in der Schweiz nicht von einem Sonderfall gesprochen werden. In der Schweiz gab es zu dieser Zeit nicht besonders weniger oder besonders mehr Arbeitskämpfe als in allen anderen europäischen Ländern auch. Besonders heftige Kämpfe fanden in der Schweiz zwischen den Jahren 1917 und 1920 statt. In dieser Zeit konnten so viele Gesamtarbeitsverträge (GAV) abgeschlossen werden, wie nie zuvor. Der Exportsektor je-



Deutliche Schwankungen in der Streikaktivität.

doch lehnte Verhandlungen mit den Gewerkschaften vehement ab und unterzeichnete keine GAV's. So weigerte sich auch die MEM-Industrie auf Verhandlungen einzugehen. Erst einige Jahre nach der Einführung des GAV ins schweizerische Obligationenrecht (1911), wurden seitens der MEM-Industrie zwischen 1917 und 1919 fünf kleine Teilabkommen unterzeichnet.

In den 20er-Jahren gingen die Arbeitskämpfe stark zurück. Die Gewerkschaften verloren ihre kämpferische Haltung nach dem Landesgeneralstreik von 1918. Die Entradikalisierung der Gewerkschaften wurde systematisch organisiert, so wurden beispielsweise kämpferische Tendenzen aus Führungsgremien ausgeschlossen. Dies mit der Begründung, man fürchte sich vor der Unterwanderung der Gewerkschaften durch KommunistInnen.

Durch die fehlenden kämpferischen Strukturen begann eine neue Phase des "Friedens" in der schweizerischen Arbeitswelt, die sich dadurch auszeichnete, dass sich wenig bewegte. Die MEM-Industrie lehnte zu diesem Zeitpunkt wie gewohnt Gewerkschaften als Vertragspartner weiterhin ab.



1932: In Genf wird die Armee gegen Streikende eingesetzt, zwölf Arbeiter werden erschossen.

1937, zwei Jahre vor dem Beginn des zweiten Weltkrieges, waren Streiks wieder vermehrt an der Tagesordnung. Das Friedensabkommen, welches ebenfalls im Jahre 1937 unterzeichnet wurde, war von der Angst vor der grossen Krise geprägt. Trotzdem wurden durch das damalig aktuelle Wirtschaftswachstum (positive) Lohnbewegungen und GAV-Abschlüsse wieder möglich. Das Friedensabkommen leitete eine neue Phase der Sozialpartnerschaft ein. Zentraler Punkt im Friedensabkommen war ein vierstufiges Schlichtungsmodell, welches den Umgang mit arbeitskämpferischen Tendenzen im Betrieb zu Gunsten der Unternehmer regelte. Ein normativer Teil bezüglich Arbeitsbedingungen und Lohnbestimmungen fehlte in dieser Vereinbarung, was zeigt, dass das Friedensabkommen ein einseitiger Vertrag war, der nur die Vorteile der Unternehmer fixierte. Die MEM-Industrie verweigerte aufgrund ihres Exportdrucks weiterhin die Verhandlungen zum GAV, willigte aber zum Friedensabkommen ein. Da das Friedensabkommen auch den Verzicht von Kampfmassnahmen beinhaltete, kam dies den Betrieben der MEM-Industrie sehr entgegen.

Auch direkt nach dem Zweiten Weltkrieg war vom Arbeitsfrieden, so wie er von bürgerlicher Seite propagiert wird, wenig zu spüren. Erst Ende der 40er-Jahre konnte sich der Arbeitsfriede breit durchsetzten, dessen massgebliche Vorlage das Friedensabkommen war. 1941 wurde die relative Friedenspflicht gesetzlich eingeführt. Diese besagte, dass für Probleme, die eigentlich im GAV schon behandelt wurden, keine Kampfmassnahmen ergriffen werden dürfen. Darauf folgten in den 50er- und 60er-Jahren die goldenen Zeiten der Sozialpartnerschaft: Das Wirtschaftswachstum war gross, die Reallöhne wurden gesteigert. Doch in der darauffolgenden Krise mussten nicht nur die Unternehmer, sondern auch die Gewerkschaften reagieren. So wurden, um die Sozialpartnerschaft aufrecht zu erhalten, mithilfe der Gewerkschaften 300'000 Saisonniers abgeschoben. Ab 1977 galt für 67% der GAV eine neue Regelung, welche die absolute Friedenspflicht postulierte. Da den ArbeiterInnen nun rechtlich die Hände gebunden waren, standen sie im Arbeitskampf ohne Waffe da. Dies hatte nicht nur schwerere Arbeitsbedingungen zur Folge, sondern auch einen Verlust von Kampftradition und Kampfbewusstsein. Das Wissen darum, einen kollektiven Kampf zu führen, wurde schrittweise zersetzt, um den (Mythos) Arbeitsfrieden zu etablieren.

Arbeitsfriede: Die Folgen

Als 1937 das Friedensabkommen zwischen dem Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiterverband (SMUV) und dem Arbeitsgeberverband der Metall- und Uhrenindustrie unterzeichnet wurde, waren die langfristigen Folgen für die Arbeiterlnnen noch nicht absehbar. Heute, 75 Jahre später, scheint es, als ob es nie etwas anderes gegeben hätte und als sei die Sozialpartnerschaft schon immer ein wesentliches Merkmal der Schweiz gewesen. Die Streikwellen, insbesondere um 1900, wie auch zwischen 1945 und 1949 scheinen vergessen. Wir befinden uns an einem Punkt, an dem der lohnabhängige Teil der Gesellschaft einerseits immer noch und immer mehr unter unsi-

cheren Bedingungen arbeitet und andererseits die gewerkschaftliche Organisierung stetig abnimmt. Die Sozialpartnerschaft würde eigentlich bedingen, dass beide Seiten, also der Unternehmer und auch die Belegschaft, gleichermassen offizielle Vertretungen haben. Während solche für das Kapital durch das Management gegeben sind, kann, bestrebt den Frieden zu wahren, von den Gewerkschaften nicht mehr von wirklichen VertreterInnen der ArbeiterInnen gesprochen werden. Der Mythos Friedenspolitik hat bewirkt, dass die ArbeiterInnen nur in gewerkschaftlich gut organisierten Wirtschaftssektoren nicht mit Diskriminierung zu rechnen haben und möglicherweise sogar akzeptable Resultate erzielen können. Die Kehrseite davon spüren dann allerdings die Schwächeren: Frauen, AusländerInnen, "unqualifizierte" ArbeiterInnen und all jene, die in schlecht organisierten Branchen arbeiten.

Obwohl dies auch immer wieder als Errungenschaft der Sozialpartnerschaft aufgeführt wird, weist die soziale Sicherheit unentschuldbare Lücken auf. Natürlich kann davon gesprochen werden, dass im Gegensatz zu anderen Ländern, in der Schweiz die Löhne im oberen Bereich liegen nicht zu vergessen dabei sind allerdings die ebenso immensen Lebenserhaltungskosten, besonders die hohen Mietkosten, Lebensmittelpreise und die unsoziale Finanzierung der Krankenkassen. Die Schweiz ist das Land mit dem wohl unternehmerfreundlichsten Arbeitsrecht in ganz Europa. Nur wenige Länder können sich mit schweizerischen Verhältnissen messen, wenn es um die Länge der Arbeitstage, das Arbeitstempo und die Arbeitsintensität geht. Dafür sehen wir, geht es um Ferien und Rentenalter, alt aus. Unser Arbeitsgesetz ist so flexibel, dass beispielsweise ein Betrieb in der Maschinenindustrie pro Jahr bis zu 282 Überstunden von jedem seiner ArbeiterInnen abverlangen kann, ohne dass er dafür eine Bewilligung einholen muss. Dies entspricht sieben zusätzlichen Arbeitswochen pro Jahr oder fast einer Stunde mehr Arbeit täglich. Gleichzeitig ist der Kündigungsschutz praktisch inexistent.

Mehr als 10% der Berufstätigen sind in einem potentiell "prekären Arbeitsverhältnis", vorwiegend im Tieflohnsektor beschäftigt. Solche Verhältnisse finden sich bei temporärer Beschäftigung, Arbeit auf Abruf, Teilzeitarbeit oder bei befristeten Verträgen. Das bedeutet unter Umständen den möglichen Wegfall der "Arbeitgeber"-Beiträge für die berufliche Vorsorge, keine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, kein Anspruch auf Arbeitslosengeld, kein Kündigungsschutz, keine Existenzsicherung, kein 13. Monatslohn und keine Gratifikationen. Liegt beispielsweise bei einer Teilzeitbeschäftigung der Beschäftigungsgrad bei unter 50%, gelten die branchenüblichen GAV-Richtlinien nicht und bei einem Lohn, der die BVG-Richtlinien unterschreitet (20'880 Franken pro Jahr), ist der Aufbau einer beruflichen Vorsorge nicht gewährleistet. Über 80% der Teilzeitarbeitenden sind Frauen. Dies ist nur eines von vielen Merkmalen dafür, dass Frauen im kapitalistischen System auch nach vielen Kämpfen stets einer permanenten Doppelbelastung ausgesetzt sind.

Folgen für die Gewerkschaftsbewegung

Nach einem Jahrzehnt des Mitgliederwachstums in den 70er-Jahren und der Mitgliederkonsolidierung in den 80er-Jahren mussten die Gewerkschaften in den 90er-Jahren einen massiven Aderlass hinnehmen. 1980 waren schweizweit noch 873 352 ArbeiterInnen Mitglied einer Gewerkschaft oder einer anderen Angestellten- oder ArbeiterInnenorganisation, 2010 nur noch 748 127 Personen. Noch immer gibt es Sektoren, die fast völlig ausserhalb der gewerkschaftlichen "Einflusszonen" liegen, beispielsweise Arbeitsplätze im Verkauf, in der Gastronomie oder im Finanzbereich. Die Passivität des Grossteils der Gewerkschaftsmitglieder, die Schwächung der eigenen Reihen durch konkurrenzbedingte Fremdenfeindlichkeit und die Schwächung des Netzes von Vertrauensleuten am Arbeitsplatz sind ein beunruhigendes Zeichen dafür, dass das solidarische Engagement für gemeinsame Interessen durch die lang andauernde Phase der Sozialpartnerschaft eindeutig an Effort verloren hat.

Während die Gewerkschaften brav für die Sozialpartnerschaft einstehen und ihre Verhandlungen mit den Unternehmern hinter verschlossenen Türen führen, ist die ArbeiterInnenklasse ihrem wichtigsten Instrument, dem Streik, beraubt worden. So ist sie heute kaum fähig, sich gerade in Krisenphasen effektiv gegen Betriebsschliessungen, Stellenabbau, Lohndumping und Auslagerung zur Wehr zu setzen. Dieser Verlust von Kampftradition und Kampfbewusstsein ist die wohl gravierendste Folge von 75 Jahren Arbeitsfrieden. Um einen erneuten Weg in die Offensive zu finden, ist es notwendiger denn je, dass sich die ArbeiterInnenklasse von den Fesseln der Politik von Frieden und Ruhe befreit. Dies hat zur Bedingung, dass man sich gemeinsam gegen Spaltungsversuche von oben wehrt, Solidarität praktisch werden lässt und kollektiven Druck aufbaut, der verhindert, dass die Fremdbestimmung und Ausbeutung der ArbeiterInnenschaft weiterhin existieren kann.

Dieser Beitrag erschien als Zeitungsartikel im "Aufbau" Nummer 71.



Stadtspaziergang im Sommer 2012 in Gedenken an die Zürcher Blutnacht 1932. Die Polizei unter sozialdemokratischer Führung schoss damals auf streikende ArbeiterInnen in Zürich.

>DER AKTUELLE GAV UND GEWERKSCHAFTLICHE VERHANDLUNGEN

Die weltweite Krise erfasst heute zunehmend auch die Lohnabhängigen in der Schweiz, ganz besonders in der Industrie. Tausende Lohnabhängige sind heute davon bedroht, ihre Stelle zu verlieren. In dieses Klima der Unsicherheit fallen nun die Verhandlungen der Gewerkschaft UNIA mit den Unternehmern der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie über die Verlängerung des Gesamtarbeitsvertrages (GAV). Falls diese nicht einlenken, soll es nach der UNIA der Staat mit einer arbeiterInnenfreundlichen Industriepolitik richten.

Die latente Unsicherheit der UNIA ist nicht unbegründet: In Betriebskämpfen oder in Ansätzen solcher stellt sich den ArbeiterInnen letztlich immer die Frage, wieweit sie für ihre Interessen kämpfen können, wenn die mögliche Konseguenz die Verlagerung des Betriebs in profitablere Regionen der Welt darstellt. Der Kapitalexport bedroht die Arbeitsplätze im zunehmenden Verlauf der Krise auch in der Schweiz massiv. Natürlich pfeifen die Kapitalisten auch in dieser Phase das hohe Lied des Arbeitsfriedens und der Sozialpartnerschaft. Diese bedeutet für sie in der Krise nämlich nichts weniger als ein Streikverbot bei gleichzeitigen Angriffen auf die ArbeiterInnenklasse und zwar bei Androhung fehlender Rentabilität und Schliessung des Betriebes sowie Entlassungen. Die UNIA selber organisiert zwar eindrückliche Gewerkschaftsmobilisierungen, verhält sich aber in Bezug auf konkrete Fälle von Betriebsschliessungen äusserst diskret. Auch bei ihr scheint zu gelten, dass sie die Krise aussitzen möchte.

Der Krisenartikel und seine Folgen

Konkret stellt sich in der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie der berüchtigte "Krisenartikel" als wesentlicher Bestandteil des Gesamtarbeitsvertrages dar. Dieser führt dazu, dass die Unternehmen die vereinbarten Bestimmungen aus dem GAV aushebeln können, sobald sich eine wirtschaftliche Krise anbahnt. Somit können sie beispielsweise die ArbeiterInnen länger arbeiten lassen. Die Gewerkschaft UNIA wirft den Unternehmen vor, diese Bestimmung zur alleinigen Profitsteigerung zu missbrauchen und möchte den Krisenartikel aus dem GAV entfernt wissen. Allerdings ist dieser Krisenartikel aus Sicht der Kapitalisten das wesentliche Element und somit werden diese kaum darauf eingehen wollen. Die Kräfteverhältnisse sind aufgrund der mangelhaften Kampfkraft der ArbeiterInnen eindeutig zu unseren Ungunsten. Dies gilt auch für andere Forderungen bezüglich Mindestlöhnen, gegen den Lohndruck, für bessere Regelungen der Arbeitszeit, gegen Überstunden sowie für einen besseren Kündigungsschutz der Mitglieder der Personalkommissionen.

Standortkorporatismus oder Klassenkampf?

Für die schweizerischen Unternehmen stellt dies alles einen Standortvorteil gegenüber der ausländischen Industrie dar. So berufen sie sich punkto Sozialpartnerschaft heute noch auf die Phase des grossen Aufschwungs, als ein wesentlich grösseres Wirtschaftswachstum vorhanden war, was den Bossen grosse Profite und den ArbeiterInnen der Kernbelegschaften (bei Ausschluss der ausländischen Arbeitskräfte und weiblichen Werktätigen) immerhin gewisse Lohnsteigerungen und Arbeitsplatzsicherheit einbrachte. Das korporatistische Denken ist auch heute noch weit verbreitet, weshalb die Sozialpartnerschaft auch in der Krise nach wie vor stark verankert zu sein scheint. Der Reformismus hatte in jener Phase des grossen Aufschwungs tatsächlich eine materielle Grundlage, heute gäbe es jedoch an sich wenig zu verhandeln.



Aktion an der Bauarbeiterdemo im Frühling 2012

Die Gewerkschaft UNIA führt in der jetzigen Phase jedoch weiterhin eine sehr korporatistische Politik, nämlich unter den Schlagwörtern des "Werkplatz Schweiz" respektive des "Standortvorteils". Es wird seitens der Gewerkschaftsführung also der Eindruck geschürt, die Schweiz müsse sich gegen andere Industriestandorte durchsetzen: Somit nimmt die UNIA mindestens rhetorisch den Klassenstandpunkt der schweizerischen Bourgoisie ein. Tatsächlich bringt die kapitalistische Krise eine Verschärfung der Konkurrenz zwischen den Betrieben und den Standorten mit sich. In jedem Fall geht die ArbeiterInnenklasse dabei leer aus, da die Interessen der ArbeiterInnen und jene der Kapitalisten sich in einem antagonistischen Widerspruch befinden. Im europäischen Vergleich geniessen die Unternehmen in der Schweiz Wettbewerbsvorteile zu starken Lasten der ArbeiterInnen. Ein schwaches Arbeitsrecht und ein inexistenter Kündigungsschutz führen zu einer sehr grossen Macht der Bosse in den Betrieben. Der Klassenkampf muss jedoch unabhängig der Landesgrenzen geführt und die Standortlogik durchbrochen werden.

Gewerkschaftliche Anbiederung an Staat und Politik

Ein weiterer häufig diskutierter Aspekt stellt der "starke Franken" dar und die Behauptung, dass der Frankenkurs im Vergleich zum Euro zu hoch sei. Die UNIA fordert in diesem Zusammenhang eine Währungspolitik von der Nationalbank, um den Franken zu schwächen und das Partikulärinte-

resse der schweizerischen Exportindustrie durchzusetzen. Dies während Swissmem, der Verband der schweizerischen Industriekapitalisten, diese Forderung ablehnt. In seinem Wesen ist der starke Franken nichts anderes als ein Ausdruck von schwacher Klassenkampf- und Streiktradition. Er zeigt an, dass das Kapital in der Schweiz herausragende Ausbeutungsbedingungen vorfindet, bessere als aktuell beispielsweise im EU-Raum. Der starke Franken wird schwächer, wenn vermehrt gekämpft wird und erkämpfte Lohnsteigerungen zu verzeichnen sind.

Heute beklagt sich die UNIA zudem über die Finanzmarktkrise, welche die Realwirtschaft respektive die kapitalistischen Sozialpartner der Industrie in den Strudel reissen würde. Sie forderte in diesem Zusammenhang im Jahr 2009 Konjunkturund Investitionspakete und versucht oft an Staat und Politik zu appellieren um diese zum Einlenken zu bringen. Der Staat hingegen zeigt in der Person von Didier Burkhalter ein etwas ausgeprägteres Klassenbewusstsein als die Gewerkschaft, wenn gleich ein bürgerliches: So macht sich der Bundesrat aktuell zusammen mit der Swissmem für ein neues Freihandelsabkommen stark, um Kapitalexport und somit die Verlagerungen von Betrieben besser zu ermöglichen.

Es ist in Bezug auf die Gewerkschaftsführung der UNIA zu sagen, dass ihre reformistische Politik einerseits an materieller Grundlage verloren hat, anderseits sie eine ausgeprägte "Augenwischereifunktion" gegenüber den ArbeiterInnen in der

Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie erfüllt. Ihre Forderungen und Appelle sind zwar populistisch und nicht minder medienwirksam, zielen jedoch an den zentralen Fragen des Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit vorbei.

Die Industrie als Exempel der kapitalistischen Krise

Die MEM-Industrie hat heute für die ArbeiterInnenklasse in der Schweiz exemplarischen Charakter: Die Fabrikation steht unter Druck und Kapitalexport bedroht die Arbeitsplätze. Die Krise ist im Vergleich zu anderen Branchen schon früh angekommen. Die Löhne sind zwar verhältnismässig gut, aber die Leute fürchten um ihre Zukunft. Wichtige Arbeitskämpfe der letzten Jahre haben zudem oftmals in den Fabriken stattgefunden, so

zum Beispiel in Bellinzona. Erfolgreiche Phasen hatten diese Kämpfe dann, wenn sich die Gewerkschaft zurückhielt und die ArbeiterInnen das Ruder in die eigenen Hände nahmen. So konnte sich die Belegschaft der Officine in Bellinzona gerade deshalb durchsetzen, weil sie sich vom Joch der Sozialpartnerschaft befreite und nicht mit der zuständigen Gewerkschaft des Verkehrspersonals (SEV) kämpfte. Letztere untersteht der Friedenspflicht. Die Kämpfe zeigen auch die aktuelle Defensive der ArbeiterInnenklasse exemplarisch auf, waren sie doch praktisch immer defensiv, also gegen Abbau, Produktionsverlagerungen und Entlassungen gerichtet. Solche Kämpfe können Klassenbewusstsein entstehen lassen, um in einer anderen Kampfphase entschlossen und offensiv zu agieren.



Demonstration der Metall-, Elektro- und MaschinenarbeiterInnen in Bern (Herbst 2012)



Nachdemo gegen den Arbeitsfrieden am 1. Mai 1971

>ZUR KAMPAGNE GEGEN DEN ARBEITSFRIEDEN 1987

Bereits vor 25 Jahren, also 1987, fand eine Kampagne revolutionärer Kräfte gegen den Arbeitsfrieden statt, welche vom Komitee gegen Isolationshaft, der Jobber-Gruppe Wilde Katze, den Antiimperialistischen Gruppen Zürich sowie der Levizja Popullore per Republikeh e Kosoves, Marxist Lininistet e Kosoves getragen wurde.

Der Industriellenverband hatte damals gemeinsam mit dem Gewerkschaftsbund eine grossangelegte Feier zum fünfzigjährigen Bestehen des Arbeitsfriedens inszeniert, und damit den revolutionären Organisationen eine Gelegenheit eröffnet, um den Bruch mit der Sozialpartnerschaft und den Klassenkampf zu propagieren. Dies in der Endphase des Kalten Krieges und kurz vor dem Zusammenbruch des Revisionismus in Osteuropa. Aus

diesem Aspekt betrachtet liegt es auf der Hand, dass der ideologische Kampf und somit die Hervorhebung der kapitalistischen Sozialpartnerschaft mehr Platz einnahm als dies heute der Fall ist.

Parallelen zu heute

Obwohl sich die objektive Situation für die ArbeiterInnenklasse in Westeuropa und auch in der Schweiz seit 1987 weiter verschlechtert hat, hat sich die Dominanz der sozialpartnerschaftlichen Ideologie fest behauptet. Die Argumentationen der revolutionären Linken ist im Wesen sehr ähnlich geblieben. Das Komitee gegen Isolationshaft schrieb in ihrem Flugblatt schon damals von der fehlenden Waffe des Streikes, welche der ArbeiterInnenklasse durch das historische Friedensab-

kommen 1937 weggenommen wurde, was sich in den Phasen der Krisen immer wieder rächte. Auch in jener Krisenphase der achtziger Jahre waren Auslagerungen und Fusionen (speziell jene der ASEA mit der BBC zur ABB, welche 6000 Arbeitsplätze in Baden und Mannheim kostete) ein wichtiges Thema. Viele Menschen fürchteten zu recht um ihre Arbeitsstellen. Zur Demonstration vom 3. September 1987 kamen dann auch über tausend Menschen, welche gegen den Arbeitsfrieden und für den Klassenkampf demonstrierten. In den Betrieben war die Auswirkung davon jedoch marginal.

Daraufhin sah sich die FDP dennoch genötigt, in der Neuen Zürcher Zeitung vom 24. September 1987 ein Inserat mit der Überschrift "Genug des Friedens?" zu platzieren. Sie lobte darin die Sozialpartnerschaft als Errungenschaft, welche in den letzten fünfzig Jahren beiden Seiten zu gleichen Teilen zu Gute gekommen sei. Insbesondere nahm sie auf die "Linksaussen-Gruppierungen" Bezug, welche am 1. Mai 1987 den Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes angriffen und ein Transparent mit der Aufschrift "Klassenkampf statt Sozialpartnerschaft" mit sich trugen.

Ausbleibende Feier zum 75. Jahrestag

Augenfällig ist, dass die FDP damals die Sozialpartnerschaft hochhielt und verteidigte, während der Arbeitgeberverband eine grosse Feier inszenierte: Dies geschah in einer Phase welche wie auch heute von der Krise geprägt war. Jedoch ist heute festzustellen, dass grosse Feierlichkeiten zum fünfundsiebzigjährigen Jubiläum von Seiten der Gewerkschaften wie auch der Industriellenorganisationen ausbleiben. Dies mag mit den weltpolitischen Veränderungen wie auch mit der verschärften Form der Krise und manchen Massenentlassungen zu tun haben, was den Arbeitsfrieden heute in noch kritischerem Lichte erscheinen lässt. Es scheint als wollen die Unternehmer in dieser Phase lieber nicht mit dem Feuer spielen und keine unnötige Polemik verbreiten. Die Funktion der sozialpartnerschaftlichen Propaganda scheint folglich im Vergleich zu damals an Bedeutung verloren zu haben.

Auf der subjektiven Seite ist festzustellen, dass sich die revolutionären Kräfte damals stark auf die antiimperialistischen Kämpfe im Trikont bezogen haben, auch in Verbindung zu den Arbeitskämpfen in der Schweiz. Dieser Aspekt nimmt heute hingegen nur noch eine kleinere Rolle ein, besonders wegen der aktuell weniger gewichtigen Bedeutung der antiimperialistischen Befreiungskämpfe für die Revolution. Der Volkskrieg in Indien bildet eine Ausnahme: In diesem Zusammenhang sind Anknüpfungspunkte auch heute realisierbar, weil Konzerne wie Rieter in der Schweiz die Produktion abbauen und Kapitalexport nach Indien betreiben.



1987: Plakat gegen den Arbeitsfrieden

Wir müssen jedoch feststellen, dass trotz verschärfter Krise die Arbeitskämpfe seit Mitte der achtziger Jahre in der Industrie nicht zu- sondern in der Tendenz abgenommen haben. Der Arbeitsfrieden und die daraus resultierende fehlende klassenkämpferische Tradition mögen dabei eine wichtige Rolle gespielt haben. Gerade um diesem Verhalt entgegenzuwirken und aus der Geschichte zu lernen verstehen wir auch die Funktion unserer Veranstaltung und Publikation.

>REVOLUTIONÄRE PERSPEKTIVE ERKÄMPFEN!

Als KommunistInnen verstehen wir das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit als Hauptwiderspruch innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise. Vereinfacht gesagt meint dies die Gegensätzlichkeit zwischen jenen die produzieren und jenen, welche die Produktionsmittel besitzen und somit die erwirtschafteten Gewinne einstreichen können. Es wird im Kapitalismus also gesellschaftlich produziert und individuell angeeignet.

Aus der Geschichte der Klassenkämpfe lernen!

Im revolutionären Prozess ist die Aneignung und Verwaltung der Produktionsmittel (Werkzeuge, Fabriken, Material, Land; also alles was zum Produzieren notwendig ist ausser die Arbeitskraft) durch das Proletariat ein zentraler Schritt. In strategischer Hinsicht hat der Betriebskampf weiter eine wichtige Bedeutung: "Alle Räder stillstehen zu lassen" ist für die proletarische Revolution eine unentbehrliche Notwendigkeit. In der Geschichte hat sich gezeigt, dass die Unterbrechung der Fabrikationen, Transportwege und Distribution der Waren die Bourgeoisie in die Knie zwingen kann. Eine solche Revolution steht, wie wir immer wieder anmerken, nicht gerade unmittelbar vor der Türe. Da wir aber davon ausgehen, dass Klassenbewusstsein massenweise nur im Kampf entstehen kann, schlussfolgern wir daraus, dass auch im Bestehenden und ohne Aussicht auf eine baldige Revolution Arbeitskämpfe und die Organisierung im Betrieb schon heute ein wichtiger Bestandteil im Klassenkampf sind. Im Arbeitsund Betriebskampf wird besonders deutlich, dass die Bourgeoisie uns zwar braucht, wir jedoch ganz gut auch ohne sie produzieren könnten.

Kämpfe verbinden, Perspektive entwickeln...

Klassenkampf besteht für uns aus verschiedenen Teilbereichen, die es bestmöglich zu verbinden gilt. Während die "Politische Widerstandbewegung", welche hauptsächlich an grossen Mobilisierungen wie jene gegen das WEF in Erscheinung tritt und sich bereits in einer ideologischen Bruchposition mit Staat und Kapital befindet, beschränken sich die vorläufigen Prioritäten in den Betrieben meistens auf die Organsierung der Belegschaft und die Durchsetzung konkreter Tagesforderungen. 75 Jahre Sozialpartnerschaft haben aus klassenkämpferischer Sicht ein wenig ruhmreiches Erbe hinterlassen, so sind die ArbeiterInnen in der Schweiz häufig wenig politisiert und durch die reformistische und sozialpartnerschaftliche Ideologie der Gewerkschaften stark geprägt. Dadurch werden Betriebskämpfe meistens von Belegschaften geführt deren Beteiligte häufig ein sehr unterschiedliches Klassenbewusstsein als Ausgangslage für die jeweiligen Kämpfe haben.

Auswirkungen der fehlenden Kampftradition

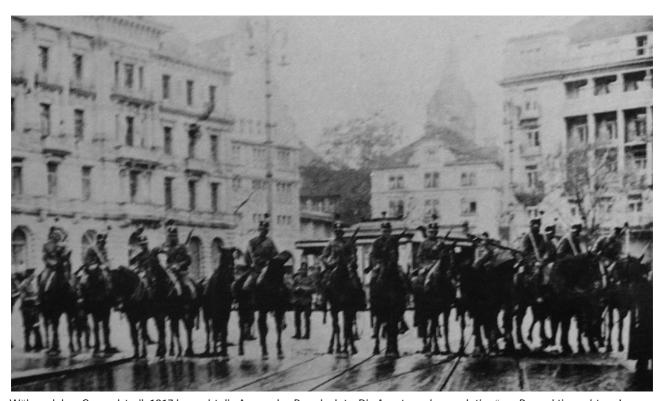
Gerade auch durch das Fehlen von Kampftradition, durch die lange Phase des Arbeitsfriedens und die reformistische Haltung der Gewerkschaften, gewinnen die Überschneidungen der einzelnen Teilbereiche für uns immer mehr an Bedeutung. Wir versuchen, diese Überschneidungen dafür zu nutzen, das Bewusstsein über den gerade geführten Kampf hinaus zu erweitern und in einen gesamtgesellschaftlichen politischen Kontext zu setzen. Also wollen wir einerseits Bewusstsein dafür schaffen, dass die Verhältnisse am Arbeitsplatz politische Gründe haben und gleichzeitig im politischen Widerstand ein Bewusstsein für den konkreten Betriebskampf schaffen. Dies, weil eine revolutionäre Perspektive nicht ohne Klassenstandpunkt auskommt.

Die Beweggründe für die Beteiligung an einem Arbeitskampf meist subjektiv und situativ, also beispielsweise geprägt von persönlichen ökonomischen Ängsten. Dabei sind genau solche Situationen ein wichtiges Übungsfeld, um Solidarität und Kollektivität praktisch zu erlernen. Das Bewusststein zu erlangen, dass es möglich ist, als geschlossene Kampfeinheit eine Forderung durchzusetzen oder sich effektiv gegen die Angriffe der Unternehmer zur Wehr zu setzen, kann zur stärkeren Politisierung führen.

Bewusstsein entsteht kämpfend

Dies macht es möglich, die Relation zwischen Betriebskämpfen und politischen, sozialen Kämpfen zu erkennen und sich über das einzelne Kampfmoment hinaus zu engagieren und zu vernetzen. Gerade dies ist, in Anbetracht der Spaltung der ArbeiterInnenklasse durch gezielten Klassenkampf und rechte Hetze von oben und der Entfremdung und Vereinzelung, eine Errungenschaft die perspektivisch gesehen besonders wichtig ist. Hinzu kommt die hohe Differenzierung der Klasse heute, welche das kollektive Interesse häufig als diffus, vernebelt und abstrakt erscheinen lässt.

Letztlich kann man sagen: Arbeitskämpfe sind auch heute wichtige Momente zur Schaffung von Kampf- und Klassenbewusstsein, zur Verknüpfung von Tagesforderungen mit antikapitalistischen Bruchpositionen, zur Politisierung, als Übungsfeld der Organisierung und Solidarität und vor allem zur Entwicklung einer revolutionären Perspektive.



Während dem Generalstreik 1917 bewacht die Armee den Paradeplatz: Die Angst vor der revolutionären Perspektive geht um!

